

Rede CN Bürgerschaftssitzung 19.06.2019 LINKE-Antrag Drs. 21/17457

Sozialstaat 2019 – Was Hamburg jetzt für Hartz-IV-Bezieherinnen tun kann

Sehr geehrte Frau / Herr Präsident (-in), meine Damen und Herren,

mit „Sozialstaat 2019“ betitelt die LINKE ihren umfangreichen Forderungskatalog, welcher nach ihrem Wunsch noch dieses Jahr umgesetzt werden soll. Der Sozialstaat in Deutschland hat im Allgemeinen zwei Seiten: Zum einen werden wir weltweit für unseren Sozial- und Wohlfahrtsstaat und für all die sozialen Errungenschaften beneidet. Auf der anderen Seite ist unser Sozialstaat auch Teil einer gewaltigen Umverteilungsmaschine. Über 40% aller bundesweiten Steuereinnahmen werden Jahr für Jahr für Soziales ausgegeben. Um dieses Geld zu erwirtschaften müssen die deutschen Arbeitnehmer lange und hart arbeiten. Viele sind gerne bereit zu helfen. Aber in der ganzen Diskussion um immer mehr und mehr soziale Wohltaten, dürfen wir doch gerade diese Menschen, die all das ermöglichen nicht vergessen!

Allein für die Leistung der Grundsicherung für Arbeitssuchende - im Volksmund Hartz IV genannt – werden jährlich Bundesmittel in Höhe von 37 Milliarden Euro bereitgestellt. Davon sind allein 5,4 Milliarden für Verwaltungskosten.

Daher begrüßen wir jeden sinnvollen Vorschlag zur Reduzierung der Verwaltungsbürokratie.

Da wo Regelungen einfacher, klarer und fairer gestaltet werden sollen, sind wir gerne dabei.

Oft ist doch so, dass Menschen mit transparenten Pauschalen mehr geholfen ist, als mit vermeintlicher Einzelfallgerechtigkeit.

Da wo Regelungen lebensfremd sind und zu unnötigen Problemen führen, sind Anpassungen dieser durchaus geboten.

Allerdings kann die Lösung in vielen anderen Bereichen nicht einfach darin liegen, mehr Geld für einzelne Leistungen bereitzustellen.

Grundsätzlich müssen wir uns fragen, ob wir am Grundkonzept des „Förderns und Forderns“ festhalten wollen.

Oder aber wollen wir nicht einfach eine zusammengefasste Leistung nach wenigen Kriterien oder sogar bedingungslos auszahlen?

Umso weniger Bedingungen, umso weniger Verwaltungskosten!

Allerdings könnte auch bei vielen Menschen, die heute noch bereit sind einen hohen Teil ihrer Arbeitsleistung abzugeben die Bereitschaft dazu sinken. Es bietet sich an hier Schrittweise vorzugehen.

Eine Zusammenfassung von Leistungen und stärkere Pauschalierung führen zu Vereinfachung, höherer Transparenz und Effizienz.

Das steigert die Akzeptanz in der Bevölkerung und senkt die Verwaltungskosten.

Und das Beste ist: ein solches Konzept gibt es schon! Es ist unser Konzept des „Liberalen Bürgergelds“, das weise Köpfe schon Anfang der 90er Jahre entwickelt haben. Vielleicht haben Sie davon ja schon einmal gehört.

Wir alle wissen, die Mühlen des politischen Geschäfts mahlen langsam.

Umso ambitionierter ist es den umfangreichen Forderungskatalog der LINKEN noch dieses Jahr umsetzen zu wollen.

Lassen Sie uns doch erst einmal damit anfangen die Verwaltungsbürokratie

durch Vereinfachungen und zusammengefasste Pauschalen

zu reduzieren. Dann entstehen auch finanzielle Spielräume, um an der ein oder anderen Stelle nachzusteuern

– Stichwort: Gegenfinanzierung.

Und da sind wir wieder bei dem leidigen Grundfehler der meisten ihrer Anträge liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN.

Ohne einen seriösen Gegenfinanzierungs-vorschlag in ihrem Antrag werden wir diesem prinzipiell nicht zustimmen.

Vieles was vielleicht gut gemeint ist, ist ohne Gegenfinanzierungsvorschlag einfach schlecht gemacht.

Vielleicht bei nächsten Mal.

Es liegt bei Ihnen!

Vielen Dank!